Vorwort der Redaktion

Online publiziert: 13. April 2011
© Springer-Verlag 2011

Die Sprache spiegelt wider, wer und was wir sind, sie ist das Medium und der Ausdruck unserer Identität und Kultur; die Sprache scheint in gewisser Hinsicht unser spirituelles Zuhause und unsere Heimat zu sein.

schreibt György Andrassy in seinem Beitrag, in welchem er darlegt, weshalb seiner Ansicht nach die Einführung eines universellen (Menschen-)Rechts auf Gebrauch der eigenen Sprache nicht nur naturrechtlich geboten, sondern auch geeignet wäre, im Völkerrecht wie im nationalen Recht vieler Staaten bestehende Rechtslücken zu schließen, Widersprüchlichkeiten auszuräumen – und dadurch letztlich zur Vereinfachung, Stringenz und Kohärenz des gesamten völkerrechtlichen (und auch nationalen) Menschenrechtssystems beizutragen. Dass es sich hierbei zwingend um ein Jedermann-Recht handeln müsste, das somit Angehörigen nationaler Mehrheiten ebenso zusteht wie Angehörigen nationaler Minderheiten, folgt für Andrassy zwingend aus dem im internationalen Völkerrecht (wie auch im innerstaatlichen Recht demokratischer Rechtsstaaten) verankerten Menschenrecht auf Gleichheit und Nichtdiskriminierung.

„Die Sprache der Wahrhaftigkeit ist einfach.“ – Im Rechts- und Verfassungsstaat kann und sollte diese von Andrassy im Hinblick auf ein universelles Sprachenrecht zitierte Idee des altrömischen Philosophen und Staatsmannes Seneca vor allem bei der Verfassungsgebung Richtschnur sein, also dann, wenn es um die Formulierung von grundlegenden, für das Staatswesen unabdingbaren Rechten und Prinzipien geht, die, wie zB die Menschenrechte, auf der obersten Ebene der staatlichen Normenhierarchie anzusiedeln sind. So bildet bekanntlich gerade die Verfassung (ggf zusammen mit innerstaatlich verbindlichen völker- und europarechtlichen Verpflichtungen) das feste und unverrückbare Fundament, innerhalb dessen „die Politik“, zunächst als parlamentarischer Gesetzgeber, gestalterisch wirken und dabei auch ihre spezifischen Zielsetzungen verwirklichen kann.

„Der Teufel steckt im Detail.“ – So sinnvoll und wünschenswert es auch sein mag, bei den grundlegenden Rechten und Prinzipien des demokratischen Rechtsstaates für Einfachheit zu sorgen, so unmöglich erscheint es, diese Einfachheit beizubehal-

ten, wenn es um die konkrete *Umsetzung* oder *Ausgestaltung* dieser Prinzipien oder darüber hinausgehender *politischer Zielsetzungen* geht. Weshalb eigentlich kommt erfahrungsgemäß gerade hier der sprichwörtliche „Teufel“ zum Tragen? – Weil gerade hier die Theorie auf die Praxis trifft und sich das einzelne Rechtsprinzip in einer komplexen Wirklichkeit entfalten und bewähren muss, die durch vielfältige und vielschichtige Bedürfnisse und Interessen von Menschen und Menschengruppen und durch ebenso vielfältige und vielschichtige, häufig erst zu ermittelnde Sachlagen geprägt ist.

Und gerade hier steht die Politik immer wieder vor der Herausforderung, möglichst weitsichtig und gemeinwohlorientiert Ziele zu setzen und diese selbst gesetzten wie auch die rechtlich vorgegebenen Ziele in einer Art und Weise umzusetzen, die nicht nur sachgerecht ist, sondern es auch versteht, teils gegenläufige Interessen möglichst weitgehend in Einklang zu bringen und dadurch letztlich das Gemeinwohl zu befördern.

In der Slowakei bot die 1993 erlangte Eigenstaatlichkeit dem Gesetzgeber die Möglichkeit, ein Gesetz zum besonderen Schutz und zur Förderung der bis dato aus historisch-politischen Gründen oft benachteiligten slowakischen Sprache zu erlassen. Die Slowakei, die mit 14% (Z 2001) über einen relativ großen Minderheitenanteil verfügt, ist überdies seit 2001 Vertragsstaat der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen und hat sich insoweit – begrüßenswerterweise – völkerrechtlich zum besonderen Schutz ihrer autochthonen Minderheitensprachen verpflichtet. Hier bestand und besteht also die Chance, durch entsprechende Sprachgesetzgebung dafür zu sorgen, dass sowohl die Sprache der Mehrheit als auch die Sprachen der alteingesessenen Minderheiten im Land möglichst weitgehend geschützt und gefördert werden, dies ganz im Sinne des von György Andrassy eingeforderten Rechts auf Gebrauch der Muttersprache und der dadurch ermöglichten Wahrung von Identität und Kultur – und auch im Interesse der Wahrung des sozialen Friedens. Die im Jahr 2009 eingeführten Änderungen des slowakischen Staatssprachegesetzes von 1995 legen allerdings nahe, dass der Gesetzgeber nicht (mehr) ernsthaft gewillt war, die besagte Chance zu nutzen. Aus dem hier in Auszügen abgedruckten Gutachten der Venedig-Kommission des Europarates vom 21. Oktober 2010 geht nämlich hervor, dass das Staatssprachegesetz in seiner aktuellen Fassung in Teilen sicher und in weiteren Teilen möglicherweise gegen geltendes Völkerrecht, insbesondere gegen die Vorgaben zum Schutz von Minderheitensprachen verstößt.

Christoph Pan und Beate Sibylle Pfeil bieten in ihrem Beitrag einen Überblick über die wichtigsten Ergebnisse des Gutachtens der Venedig-Kommission und weisen ergänzend darauf hin, dass die von diesem renommierten Expertengremium entsprechend seinem Grundauftrag entwickelten Vorschläge zur (Wieder-)Herstellung der *Rechtmäßigkeit* des Staatssprachegesetzes nicht zwingend auch den Aspekt der *Zweckmäßigkeit* umfassen. Gerade hier, bei den Zweckmäßigkeitsentscheidungen, also innerhalb des durch die Verfassung und das verbindliche Völkerrecht vorgegebenen Rahmens und Spielraums, beginnt aber die eigentliche und teils schwierige Rolle der Politik. Und gerade hier hat sich ggf die Orientierung an den guten politischen Erfahrungen anderer in vergleichbaren Fällen („best practice-Beispielen“) vielfach als sehr hilfreich erwiesen. Vor diesem Hintergrund haben die Autoren für

den konkreten Fall der Slowakei die großteils bewährten Sprachregelungen für Südtirol als (Zweckmäßigkeits-)Maßstab herangezogen.

Die Sprache [...] ist das Medium und der Ausdruck unserer Identität und Kultur; [...] scheint in gewisser Hinsicht unser spirituelles Zuhause und unsere Heimat zu sein.

Wie viele Menschen in Europa und weltweit, so dürften auch die Angehörigen der Roma, deren Siedlungsstruktur die mit Abstand größte Zahl europäischer Staaten umfasst, dieser Aussage György Andrássys mehrheitlich zustimmen können – auch wenn ein Teil der Roma in Europa ihre ursprüngliche Muttersprache Romanes inzwischen durch die Sprache ihres jeweiligen Heimatlandes ersetzt hat. „Das Romanes“, das dem indischen Zweig der indoeuropäischen Sprachfamilie angehört, gliedert sich in zahlreiche Dialekte; Entwicklungsprozesse hin zu einer vereinheitlichten, auch schriftlichen Standardsprache sind noch nicht abgeschlossen. Bei denjenigen Roma, die das Romanes noch verwenden, fällt auf, dass sie – im Unterschied zu den meisten anderen Volksgruppen(angehörigen) in Europa – den Gebrauch und die Verbreitung ihrer Muttersprache über den eigenen, privaten Bereich hinaus, also zB bei Behörden, Gerichten oder als Unterrichtsfach, häufig nicht wünschen. Dies dürfte, wie auch Christoph Pan (in „Minderheitenrechte in Europa“, Wien 2006) vermutet, mit deren langer (Leidens-)Geschichte der Stigmatisierung und Verfolgung, der Diskriminierung und der Ausgrenzung zusammenhängen, wodurch zumindest viele traditionell geprägte Roma nach wie vor zwischen einem „eigenen“, auch die Sprache umfassenden und Schutz vermittelnden Bereich und einem strikt davon zu trennenden Außenbereich unterscheiden.

Diskriminierung und Ausgrenzung bestimmen leider auch heute noch den Alltag vieler Roma in Europa, so dass das „Minderheitenproblem“ sich hier vor allem auch als soziales Problem manifestiert. Aus minderheitenpolitischer Sicht besteht die besondere Herausforderung für eine sinnvolle Roma-Politik wohl darin, die Voraussetzungen für eine Integration der Roma in ihren Heimatländern zu verbessern, ohne dadurch deren völliges Aufgehen in den jeweiligen Mehrheitsgesellschaften im Sinne einer Assimilation zu befördern (so auch Christoph Pan aaO). Botschafter Helmut Tichy, Leiter des Völkerrechtsbüros des österreichischen Außenministeriums, beschreibt in seinem Beitrag die aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen im Hinblick auf die Roma-Frage, insbesondere bei den wichtigsten internationalen Organisationen. Dagegen bietet Rudolf Sarközi, führender Vertreter der Roma in Österreich, einen ganz persönlichen Einblick in seine Lebensgeschichte, die zugleich ein Stück Geschichte der Roma in Österreich ist, und unterstreicht dabei die zentrale Rolle der Bildung im Hinblick auf die weitere Integration der Roma. Bemerkenswert ist, dass beide Autoren nicht nur den politischen Willen der jeweiligen Verantwortungsträger beschwören, sondern auch auf die Notwendigkeit einer Mitarbeit („Hilfe zur Selbsthilfe“) bzw Integrationsbereitschaft der Betroffenen selbst verweisen und schließlich die mögliche Vorbildfunktion Österreichs für eine europäische Roma-Politik hervorheben.

Aus besonders erfreulichem Anlass erlauben wir uns, auch in dieser Ausgabe des EJM abschließend einen Hinweis in eigener Sache anzubringen: Im November 2010 wurde dem EJM-Mitherausgeber und -Mitbegründer Christoph Pan in Budapest das

Ritterkreuz des Verdienstordens der Ungarischen Republik verliehen, und dies, wie der Laudator László Tökés unterstreicht, „in Anerkennung seines jahrzehntelangen internationalen Einsatzes zur Förderung der kollektiven Rechte nationaler Minderheiten und für die Erarbeitung von Autonomiekonzepten“. László Tökés selbst ist emeritierter Bischof der Ungarischen Reformierten Kirche und gilt als Auslöser der rumänischen Revolution von 1989; derzeit ist Tökés Präsident des Ungarischen Nationalrates in Siebenbürgen, seit 2007 für die Demokratische Union der Ungarn in Rumänien Mitglied des Europäischen Parlaments und seit 2010 Vizepräsident des EP. Christoph Pan wurde bereits mehrfach für seine Verdienste um die Fortentwicklung des Minderheitenrechts in Europa im Geiste von Frieden und Völkerverständigung ausgezeichnet, ua mit dem siebenbürgischen Bethlen Gabor-Preis (1995), dem Minderheitenpreis der Republik Ungarn (1995), dem Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst I. Klasse der Republik Österreich (2004) und dem Europäischen Karlspreis der Sudetendeutschen (2004). Das Ritterkreuz Ungarns steht insofern für einen weiteren Höhepunkt in einer Reihe bedeutender und aus Sicht der Herausgeber-Kollegen, der Redaktion und des Springer Verlages höchst verdienter Würdigungen des Lebenswerks von Christoph Pan. Ihm sei an dieser Stelle herzlich gratuliert.

Beate Sibylle Pfeil